

*zwei Staaten, zwei Verfassungen –  
montage: arbeiterfotografie.com*

## DDR - BRD - Zwei deutsche Staaten im Spiegel ihrer Verfassungen

Im Rahmen der Bildungsreihe Marx in Marxloh hatten die Duisburger Freidenker am 6. Oktober anlässlich des 70sten Gründungsjahres der DDR die NRW-Landesvorsitzende zu einem Referat über die Entstehung und die unterschiedliche Ausprägung der beiden deutschen Staaten, die in ihren Verfassungen zum Ausdruck kommt, eingeladen. Im Folgenden das Referat von Brigitte Streicher.

Was ist eine Verfassung? Die Verfassung ist die Registrierung und gesetzgeberische Verankerung eines gesellschaftlich herrschenden Istzustandes - es ist also kein in der Zukunft zu verwirklichendes Programm. Wenn wir also die beiden Verfassungen vergleichen, dann ist es sinnvoll, zunächst die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands in der Zeit von 1945 bis 1949 zu betrachten, um die unterschiedlichen Ausprägungen der beiden ab 1949 geltenden Verfassungen zu verstehen.

Wir beginnen im Jahr 1945. Nach dem Sieg über den deutschen Faschismus regeln im Potsdamer Abkommen die Siegermächte - die Sowjetunion, USA, England - vertraglich die Verwaltung Deutschlands: jede Siegermacht ver-

waltet das von ihr besetzte Gebiet, die Gesamtdeutschland betreffenden Entscheidungen sollen vom Alliierten Kontrollrat beraten und entschieden werden.

Nur wenige Monate nach der Unterzeichnung des Abkommens versuchten jedoch die westlichen Alliierten, diese Ergebnisse zu revidieren. USA und Grossbritannien diskutierten verschiedene militärische Szenarien, die 1945 entstandenen Einflusszonen zu ihren Gunsten zu verändern (1). Denn schon vor 1939 war der Hauptgegner der Westmächte nicht der deutsche Faschismus, sondern die vom Imperialismus befreite Sowjetunion.

Aber die Sowjetunion war in den Augen der Weltöffentlichkeit nicht nur der eigentliche militärische, sondern auch der moralische

Sieger über den Faschismus. Ein Krieg gegen dieses Land wäre in keinem der westlichen Länder politisch durchzusetzen gewesen. Folglich versuchten die Westmächte zumindest ihre Besatzungszonen als Brückenkopf ökonomisch und politisch gegen die Sowjetunion zu sichern - d.h. vor allem, eine ökonomische Umsetzung des Potsdamer Abkommens zu verhindern. So wurde aus dem geplanten heissen ein kalter Krieg.

### Die ökonomische Abkoppelung der westlichen Besatzungszonen

Hierbei mussten die Westmächte vorsichtig zu Werke gehen, denn schon 1945 begannen die Länderregierungen in der sowjetischen Zone mit der Umsetzung der ökonomischen Bestimmungen des Potsdamer Abkommens. Eine der Bestimmungen sah die Entmachtung der Industriekonzerne und der grossen Landeigner vor (2). 1945 wurde die Bodenreform unter der Losung 'Junkerland in Bauernhand' durchgeführt, d.h. Grundbesitz über 100ha und derjenige

von Faschisten und Kriegsverbrechern wurde verstaatlicht und an Kleinbauern vergeben. 1946 dann wurden die ersten Industriebetriebe, Versicherungen und

Banken enteignet. Den Anfang machte das Land Sachsen, in dem sich in einer Volksabstimmung 97% der Befragten

**LANDESMITGLIEDER  
VERSAMMLUNG**

**am 7. März 2020**

**Einladung beiliegend**

für eine derartige Massnahme aussprachen.

Diese Enteignungen kamen bei der Bevölkerung in den westlichen Besatzungszonen gut an. So beschloss zum Beispiel am 6. August 1948 der Landtag von Nordrhein-Westfalen auf Grund eines Volksentscheids die Überführung der Kohlengruben in gemeinschaftliches Eigentum. Die Umsetzung dieser Verordnung wurde von den britischen Militärbehörden verboten. Stattdessen erliessen die USA und Grossbritannien in ihren Zonen Gesetze, die nur scheinbar die Macht der ehemaligen Wirtschaftsgrößen antasteten (3). So sah z.B. die 'Entflechtung' des Kohlebergbaus im Ruhrgebiet folgendermassen aus:

Die Militärregierung beschlagnahmte die Vermögenswerte im Kohlenbergbau und übergab sie im Februar 1948 einer Gesellschaft deutschen Rechts, der Deutschen Kohlenbergbauleitung. Ihr Generaldirektor wurde der Direktor des Haniel-Konzerns, Heinrich Kost (1941 Wehrwirtschaftsführer). Die ihm unterstellten Direktoren waren ebenfalls Direktoren anderer Ruhrkonzerne. Ihnen wurden die Eigentumstitel an ihren Konzernen (rück-)übertragen und als Treuhänder sollten sie sie nach den Anordnungen der Militärregierung solange verwalten, bis die Eigentumsfrage endgültig geklärt sei. Diese Klärung sollte von einer "aus freien Wahlen hervorgegangenen, den politischen Willen der Bevölkerung zum Ausdruck bringenden deutschen Regierung vorgenommen werden". Wir werden im folgenden hören, wie diese Klärung aussah und ob das deutsche Volk dazu befragt wurde. (4),(5)

Nachdem im Februar 1948 die westlichen Alliierten eine Diskussion um eine gesamtdeutsche Währungsreform im alliierten Kontrollrat blockiert hatten, wurde am 18. Juni 1948 eine in den USA bereits gedruckte Währung in allen 3 westlichen Besatzungszonen eingeführt. Mit der Einführung einer separaten Währung und der Einbindung in den Marshallplan wurden die Westzonen der gemeinsamen ökonomischen Verwaltung durch den alliierten Kontrollrat endgültig entzogen. (6),(7)

## Die Gründung der BRD

Bereits 2 Wochen vorher, am 2. Juni 1948, erarbeiteten die westlichen Alliierten auf einer Konferenz in London politische Richtlinien für einen westdeutschen Separatstaat.

Vier Wochen später, am 1. Juli 1948, erteilen die 3 Militärgouverneure den Ministerpräsidenten der 11 westdeutschen Länder den Auftrag, eine Verfassung für die westlichen Besatzungszonen entsprechend dieser Richtlinien zu formulieren.

Im August (10. bis 23. August 1948) erarbeiteten in weniger als 2 Wochen Juristen und Justizminister der Länder den Entwurf für das Grundgesetz. Sechs Monate später (2. März 1949) billigten die westlichen Alliierten den Entwurf. In der Woche vom 16. bis 22. Mai wurde der Grundgesetzentwurf von den Länderparlamenten mit Ausnahme des bayrischen Landesparlamentes angenommen, wobei Textänderungen nicht mehr möglich waren. Es galt nur Zustimmung oder Ablehnung. Am 23. Mai 1949 verkündete der von den Ministerpräsidenten und der westlichen Alliierten ernannte parlamentarische Rat das Ergebnis. Gleich-

zeitig wurde ein Besatzungsstatut verabschiedet, das den Einfluss der im April 1949 gegründeten NATO auf die Innen- und Aussenpolitik der BRD festlegte.

Das Gründungsdatum der BRD ist umstritten. So kann der 23. Mai (Gültigkeit des Grundgesetzes), der 7. September (Konstituierung der Verfassungsorgane, also Bundestag, Bundesrat etc.) oder der 20. September (Amtsantritt des Kabinetts Adenauer) angenommen werden. Unbestritten ist jedoch, dass entgegen der Präambel das deutsche Volk oder zumindest diejenigen, die in den westlichen Besatzungszonen lebten, überhaupt nicht gefragt wurden. Mehr noch. Bereits seit 1946 wurde in allen deutschen Ländern über eine gesamtdeutsche Verfassung diskutiert und diese Diskussion wurde schlichtweg ignoriert.

## Die Gründung der DDR

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) initiierte 1946 eine Bewegung, die den Aufbau einer gesamtdeutschen Regierung und den Abschluss eines Friedensvertrages auf antifaschistisch-demokratischer Grundlage forderte. Diese Forderungen wurden von verschiedenen gesamtdeutschen Organisationen, wie dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) und der FDJ, aber auch von Vertretern der zugelassenen Parteien getragen. Aus dieser Initiative entstand die sog. Volkskongressbewegung, weil diese Bewegung ihren organisatorischen Ausdruck in mehreren Kongressen fand. (8), (10)

Am 7. Dezember 1947 tagte der 1. Deutsche Volkskongress für Einheit und gerechten Frieden. Die Mitglieder waren gewählte Delegierte aus den demokratischen Organisationen sowie Betriebs- und Gewerkschaftsgruppen.

Auf dem 2. Deutschen Volkskongress am 17./18. März 1948 wurde das Leitungsgremium des Deutschen Volkskongresses gewählt, der Deutsche Volksrat. Er bestand aus 400 Delegierten (davon 100 aus den westlichen Besatzungszonen). Ferner wurde für den Sommer des Jahres 1948 ein Volksbegehren über die Herbeiführung der deutschen Einheit und eines Friedensvertrages geplant. Die westlichen Alliierten verboten umgehend die Durchführung in ihren Besatzungszonen - logisch. Dem Volksrat wurde u.a. der Auftrag erteilt, einen Verfassungsausschuss einzuberufen, um eine gesamtdeutsche Verfassung zu erarbeiten.

Der Verfassungsausschuss bestand aus Vertretern aller zugelassenen Parteien sowie Staatsrechtlern. In zwölf Sitzungen erstellten sie den Entwurf für eine Verfassung der deutschen demokratischen Republik. Dieser enthielt neben den allgemeinen bürgerlichen Grundrechten Elemente direkter Demokratie, die Wirtschaftsplanung und die in der sowjetischen Besatzungszone realisierten ökonomischen Umsetzungen des Potsdamer Abkommens. Ferner waren die ökonomischen, sozialen und kulturellen Grundrechte garantiert.

Am 22. Oktober 1948 wurde der Verfassungsentwurf dem Deutschen Volksrat übergeben und in der Öffentlichkeit zur Diskussion gestellt.

Auf über 9000 Versammlungen wurden ca. 15000 Resolutionen und 503 Änderungsvorschläge gemacht. In den

Westzonen waren die Diskussionen um den Verfassungsentwurf nur eingeschränkt möglich, da sie - sobald die Militärbehörden Wind davon bekamen - verboten wurden. Am 18. März 1949 nahm der Volksrat den überarbeiteten Verfassungsentwurf an.

Am 29./30. Mai 1949 tagte der 3. Deutsche Volkskongress. Die 2088 Delegierten wählten aus ihrer Mitte einen neuen Volksrat, der den im März gebilligten Verfassungstext bestätigte.

Am 7. Oktober 1949 - nachdem klar war, dass vorerst keine gesamtdeutsche Vertretung zustande kommen würde, konstituierte sich der Deutsche Volksrat zur provisorischen Volkskammer, dem obersten Machtorgan der Deutschen Demokratischen Republik. Ihre Legitimation hatte sie im Mai desselben Jahres erhalten.

Auch die Verfassungsänderung von 1968, die die sozialistische Grundordnung festschrieb, wurde in einer 2jährigen Volksaussprache von 11 Millionen Bürgern vorbereitet. Alle Haushalte erhielten den Verfassungsentwurf, der in Versammlungen diskutiert wurde. Es wurden ca. 12.000 Vorschläge eingereicht und in 118 Änderungen berücksichtigt. Die endgültige Fassung wurde per Volksentscheid am 8. April 1968 gebilligt. Soweit zur demokratischen Legitimation.

### Vorbemerkung 1: Was ist ein Rechtsstaat?

Für alle Akteure in der Gesellschaft müssen in der Verfassung Normen/Gesetze formuliert sein, die rechtlich exakt regeln, wo und wie sich jeder verhalten oder nicht verhalten soll. Und es müssen Bedingungen und Verantwortlichkeiten für die Gewährung von Rechten festgelegt werden. Im folgenden werden wir sehen, inwieweit die beiden Verfassungstexte West/Ost dieser Definition gerecht werden.

### Vorbemerkung 2: Was sind Grundrechte?

In der öffentlichen Diskussion werden diese bisweilen gleichbedeutend mit Menschenrechten gesetzt. Dies ist vom juristischen Standpunkt falsch. Menschenrechte wurden erstmals am 10. Dezember 1948 in einer Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen als Allgemeine Erklärung der Menschenrechte definiert und dann 1966 von der Vollversammlung der Vereinten Nationen in zwei Konventionen festgelegt: Internationale Konvention über Bürgerrechte und politische Rechte und Internationale Konvention über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Die Unterzeichnerstaaten verpflichten sich, die in diesen Konventionen aufgelisteten Menschenrechte in ihr jeweiliges Rechtssystem mit konkreten Ausführungsbestimmungen zu transformieren. Interessant ist hierbei, dass insbesondere die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte schon in der im Dezember 1936 verabschiedeten Verfassung der Sowjetunion verankert waren (11).

### Bürgerrechte und politische Rechte

Auf den ersten Blick garantieren beide Verfassungen die auch als allgemeine Grundrechte bezeichneten Rechte. Auf den 2. Blick jedoch finden wir fundamentale Unterschiede. Nehmen wir z.B. den Begriff der Menschenwürde.

GG Art. 1:

(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.

(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Hier fällt auf, dass die Achtung der Würde des Menschen kein Grundrecht ist, denn im Abs. 3 sind erst die folgenden Grundrechte durch die Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung geschützt. Demgegenüber wird der Begriff der Würde in der Verfassung der DDR mehrfach angeführt:

Art. 19, Abs. 3:

Frei von Ausbeutung, Unterdrückung und wirtschaftlicher Abhängigkeit hat jeder Bürger gleiche Rechte und vielfältige Möglichkeiten, seine Fähigkeiten in vollem Umfang zu entwickeln und seine Kräfte aus freiem Entschluß zum Wohle der Gesellschaft und zu seinem eigenen Nutzen in der sozialistischen Gemeinschaft ungehindert zu entfalten. So verwirklicht er Freiheit und Würde seiner Persönlichkeit. Die Beziehungen der Bürger werden durch gegenseitige Achtung und Hilfe, durch die Grundsätze sozialistischer Moral geprägt.

Artikel 17, Abs. 3:

Jeder gegen den Frieden, die Völkerverständigung, gegen das Leben und die Würde des Menschen gerichtete Mißbrauch der Wissenschaft ist verboten.

Artikel 90, Abs. 1:

Die Rechtspflege dient der Durchführung der sozialistischen Gesetzlichkeit, dem Schutz und der Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Staats- und Gesellschaftsordnung. Sie schützt die Freiheit, das friedliche Leben, die Rechte und die Würde der Menschen.

Und hier tritt - wie in allen Artikeln der DDR-Verfassung - ein wesentlicher Unterschied zutage: das GG formuliert lediglich allgemeine Sollvorschriften, während in der DDR-Verfassung die gesellschaftlichen Bedingungen und die zuständigen Organe genannt werden, die die Verwirklichung dieses Rechtes ermöglichen und garantieren (12). Nehmen wir als weiteres Beispiel das Recht auf Versammlungsfreiheit. In beiden Verfassungen wird dieses Recht gewährt, insbesondere die Versammlungsfreiheit unter freiem Himmel. Dieser Zusatz ist deshalb wichtig, da die Arbeiter keine Mittel für grosse Versammlungssäle/Stadien haben. In der Verfassung der DDR jedoch werden noch die Bedingungen genannt, dies wirklich tun zu können:

Art. 28, Abs. 2:

Die Nutzung der materiellen Voraussetzungen zur ungehinderten Ausübung dieses Rechts, der Versammlungsgebäude, Straßen und Kundgebungsplätze, Druckereien und Nachrichtenmittel wird gewährleistet.

## Die sozialen Grundrechte

Diese sind im GG nicht enthalten. In der Verfassung der DDR waren sie schon 1949 formuliert, jedoch noch in der Form eines Auftrags: die verantwortlichen Institutionen mussten erst noch geschaffen werden. Mit diesen Rechten verwirklichte die DDR die Umsetzung der Bestimmungen der Internationalen Konvention über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte in nationales Recht:

Recht auf Arbeit (Art. 24)

Recht auf Bildung (Art. 25/26),

Recht auf Freizeit und Erholung (Art. 34)

Recht auf Schutz der Gesundheit und Arbeitskraft (Art. 35)

Recht auf Fürsorge im Alter und bei Invalidität (Art. 36)

Recht auf Wohnraum (Art. 37)

Schauen wir uns das Recht auf Arbeit genauer an. Es ist das fundamentalste Menschenrecht für alle, die nur ihre Arbeitskraft zu verkaufen haben. Denn nur mit einer gesicherten Arbeitsmöglichkeit kann eine materielle Basis geschaffen werden, von der aus ein Mensch sozial, kulturell und politisch am gesellschaftlichen Leben teilhaben kann. Und diese Garantie bietet die Gewähr, dass sich die Persönlichkeit eines Menschen entwickeln und entfalten kann (s. Der Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen, Friedrich Engels). Insbesondere galt in der DDR ab 1950 ein einheitliches Arbeitsrecht, das in den Jahren 1961 und 1977 weiterentwickelt wurde.

Warum ist das Recht auf Arbeit im GG nicht enthalten? Es folgt aus seiner Logik.

1. In der Rechtsauffassung der BRD werden die Grundrechte als 'Abwehrrechte' der Bürger gegenüber willkürlichen Angriffen seitens des Staates gewährt. Der Schutz vor Angriffen seitens nichtstaatlicher Institutionen und Privatpersonen ist kein Grundrecht.

2. der GG Art. 9, Abs. 3 gewährt allen Bürgern die Vereinigungsfreiheit: Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig.

Da das GG keinen Schutz der Bürger vor Zumutungen seitens Privatpersonen festlegt und das Fundament der BRD die Privatwirtschaft ist, kann die Verfassung das Recht auf einen Lohnarbeitsplatz nicht festschreiben. Dies wäre eine Verletzung der freien Vereinigung zur Förderung von Wirtschaftsbedingungen. Entsprechend kann es kein einheitliches Arbeitsgesetzbuch geben, das das 'freie Unternehmertum' einschränken würde. Lediglich eine Seite des Arbeitsrechtes, der Arbeitsvertrag, wird im BGB aufgeführt. Er gilt als schuldrechtlicher Vertrag; die Formulierungen basieren auf den Ende des 19. Jahrhunderts formulierten 'Dienstverträgen'.

Aber auch in der DDR-Verfassung ist die Vereinigungsfreiheit festgeschrieben, jedoch werden hier Vereinigungen zur Förderung der Lohn- und Arbeitsbedingungen genannt.

Diese Vereinigungen sind die Gewerkschaften und deren Rechte werden im Kapitel 3 umfassend beschrieben. In

den genannten Rechten kommt eine vollkommen andere Machtkonstellation als in der BRD zum Ausdruck: hier ist die Gewerkschaft nicht der Gegner privatwirtschaftlicher Vereinigungen, sondern er ist die Vereinigung derjenigen, die die wirtschaftlichen Belange im Gesamtinteresse mitgestalten und auch politisch mit durchsetzen können.

Mit der Annexion der DDR und der verordneten Übernahme des GG verloren ihre Bürger alle sozialen, ökonomischen und kulturellen Grundrechte.

## Alle Macht geht vom Volke aus! (?)

James Madison (1751-1836), einer der Mitautoren der nord-amerikanischen Verfassung, war der Meinung, dass jede Regierungsform derart gestaltet sein müsse, dass sie die Minorität der Reichen vor der Majorität schützt. Sein Lösungsvorschlag war die repräsentative Demokratie, denn nur mit ihr lasse sich politische Macht dauerhaft legitimieren. (13)

So verwundert es nicht, das im GG kein Element direkter Demokratie enthalten ist.

Artikel 20, Abs. 2:

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.

Laut Artikel 21 können auch lediglich Parteien, aber keine gesellschaftlichen Organisationen wie Gewerkschaften oder Jugendorganisationen an politischen Entscheidungen mitwirken. Umgekehrt sogar: die Parteien bilden den politischen Willen des Volkes:

Artikel 21, Abs. 1:

Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.

Demgegenüber gewährt der Artikel 21 der Verfassung der DDR die klassischen Rechte der direkten Demokratie:

1 Jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik hat das Recht, das politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben der sozialistischen Gemeinschaft und des sozialistischen Staates umfassend mitzugestalten. Es gilt der Grundsatz "Arbeite mit, plane mit, regiere mit!".

2 Das Recht auf Mitbestimmung und Mitgestaltung ist dadurch gewährleistet, daß die Bürger alle Machtorgane demokratisch wählen, an ihrer Tätigkeit und an der Leitung, Planung und Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens mitwirken; Rechenschaft von den Volksvertretungen, ihren Abgeordneten, den Leitern staatlicher und wirtschaftlicher Organe über ihre Tätigkeit fordern können; mit der Autorität ihrer gesellschaftlichen Organisationen ihrem Willen und ihren Forderungen Ausdruck geben; sich mit ihren Anliegen und Vorschlägen an die gesellschaftlichen, staatlichen und wirtschaftlichen Organe und Einrichtungen wenden können; in Volksabstimmungen ihren Willen bekunden.

Entsprechend diesem Verfassungsauftrag hatten die Bürger der DDR in allen Bereichen des ökonomischen, politischen, sozialen und kulturellen Lebens die Möglichkeit, ehrenamtlich als Beiräte in Kommissionen und Aktiven an der Planung und Gesetzgebung mitzuarbeiten. (14)

Diese in Westdeutschland unbekanntes Volkssouveränität

wurde mit der Ausweitung des GG auf das Gebiet der DDR beseitigt. Allein schon die Art und Weise zeigte den Verlust an. Denn das GG soll lt. Artikel 146 solange gelten, bis eine Verfassung in freier Entscheidung beschlossen wird. Im Jahr 1990 wurde aber lediglich auf GG Artikel 23 verwiesen: Dieses GG gilt zunächst im Gebiete der Länder Baden, Bayern, Bremen, Groß-Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.

Wir können uns also darüber streiten, ob die BRD eine gültige Verfassung hat oder nicht. Und noch etwas ist zu beachten. Mit der Beseitigung der DDR-Verfassung wurden die Spuren des Potsdamer Abkommens auf deutschem Boden beseitigt. Dies wurde fast zeitgleich mit dem 2+4-Vertrag (15) festgeschrieben, der endgültig das gesamte Deutschland den Interessen der westlichen Wertgemeinschaft unterordnete.

### Freiheit - wessen?

Im GG werden die bürgerlichen und politischen Freiheitsrechte garantiert. Wo jedoch ist die Freiheit von Armut, Arbeitslosigkeit, Bildungslosigkeit, Obdachlosigkeit formuliert? Und - was 1949 noch der Mehrheit der deutschen Bevölkerung wichtig war - die Freiheit von Krieg und Faschismus? Ein verbrieftes Freiheitsbegriff muss immer angeben, wessen Freiheit gemeint ist und wer und was ihm diese Freiheit konkret garantiert. Eine Freiheit an sich gibt es nicht.

Sämtliche Artikel bezüglich der Freiheitsrechte im Grundgesetz machen keinen Unterschied zwischen denen, die sich die Freiheiten leisten können und denen, die die realen Möglichkeiten dazu nicht haben. Inhaltlich ist dies auch richtig. Denn das GG ist die Verfassung einer kapitalistischen Gesellschaft, in der sich auf dem Markt Gleiche gegenüberstehen. Ihre Verkehrsform ist der Vertrag, der für einen Tausch Rechte und Pflichten festlegt. Wer keine Verträge abschließen kann, weil seine Ware nicht benötigt wird, hat halt Pech gehabt. Durch seine formale und abstrakte Fassung erzeugt das Grundgesetz die Illusion, das Recht stünde über den Klassen in der Gesellschaft. Real jedoch können nur diejenigen alle Grundrechte in Anspruch nehmen, die die materiellen Möglichkeiten dazu qua privatem Eigentum haben. Ergo klingt der Vorwurf, die DDR sei ein Unrechtsstaat gewesen, wie Hohn in den Ohren derjenigen, für die in der DDR alle Rechte der Verfassung, insbesondere die ökonomischen und sozialen, nicht nur garantiert und einklagbar waren, sondern für die auch die materiellen Voraussetzungen gegeben waren.

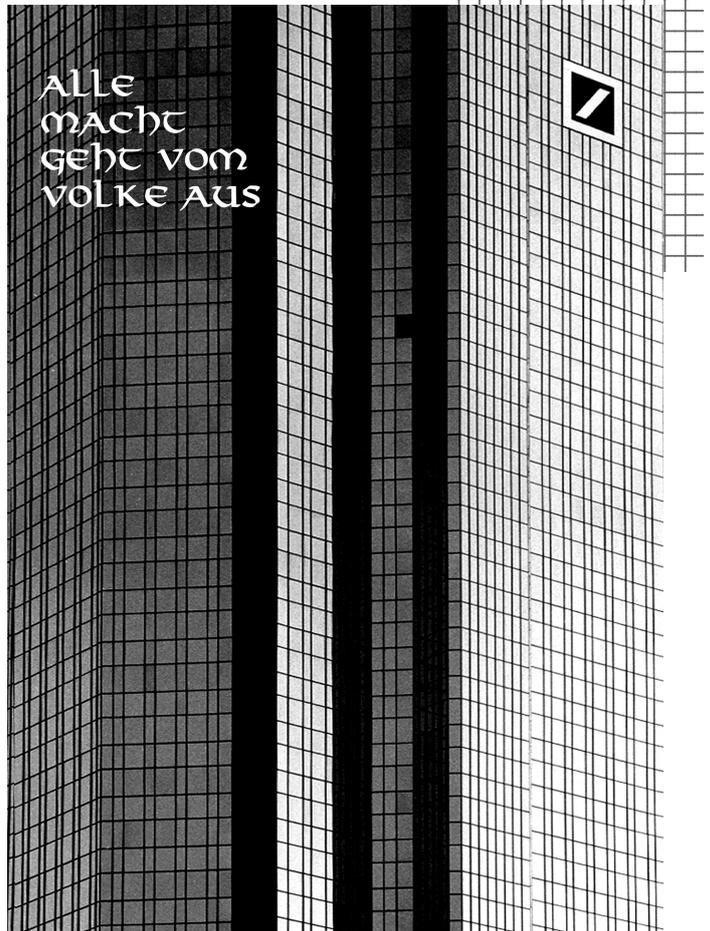
(1)

1945: Operation Unthinkable

Ein Überraschungsangriff sollte von 47 britischen und amerikanischen Divisionen in der Gegend um Dresden, also inmitten der sowjetischen Kampflinie, gegen die Sowjetunion geführt werden. Unterstützt werden sollten sie von polnischen und ca. 100.000 Wehrmacht-Soldaten (Kriegsgefangene, die zu diesem Zweck in bestimmten Gebieten - Bayern, Normandie - konzentriert wurden).

1949: Operation Dropshot

300 Atombomben und 29.000 konventionelle Sprengkörper



fotomontage (1998): [arbeiterfotografie.com/andreas\\_neumann](http://arbeiterfotografie.com/andreas_neumann)

sollten auf 200 Ziele in 100 Städten eingesetzt werden, um 85% der sowjetischen Industrieproduktion und die sowjetische Luftwaffe zu zerstören

(2) Kapitel III, Deutschland, B. Wirtschaftliche Grundsätze:

"12. In praktisch kürzester Frist ist das deutsche Wirtschaftsleben zu dezentralisieren mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Trusts und andere Monopolvereinigungen."

(3) Am 6. Dezember 1948 verboten die Amerikaner auf Grundlage des Kontrollratsgesetz Nr. 75 zur Umgestaltung des deutschen Kohlebergbaus und der Eisen- und Stahl-Industrie vom 10. November 1948 die Vergesellschaftung der zu diesen Branchen zählenden Betriebe. Das Gesetz Nr. 75 über die Entflechtung erklärte damit die gesamte Montanindustrie in Hessen für beschlagnahmt. Ziel der Maßnahme war es, die in die im Bergbau und in der Schwerindustrie tätigen Unternehmen auf neu zu gründende Privatgesellschaften zu übertragen. Damit wurde der Hauptteil der durch die Sozialisierung gemäß Artikel 41 betroffenen Betriebe einem Übergang in Gemeineigentum entzogen und die hessische Sozialisierungsabsicht in entscheidender Weise ausgehöhlt. (<https://www.lagis-hessen.de/de/subjects/drec/sn/edb/mode/catchwords/lemma/Sozialisierung/current/0>).

(4) Auf dem Weg in den Separatstaat, Albert Norden, Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1959, Heft 7

(5) Die Neuordnung der deutschen Kohlenwirtschaft, Franz Große, <http://library.fes.de/gmh/main/pdf-files/gmh/1950/1950-01-a-044.pdf>

(6) Marshall-Plan

Der ehemalige Vizepräsident der USA in der Regierung von Franklin D. Roosevelt, Henry A. Wallace, beschrieb die Ziele der USA so: "Truman hat praktisch vorgeschlagen, daß die Amerikaner einen Polizeidienst entlang aller Grenzen Russlands ausüben." (Prawda, 15.3.1947)

Der Marshall-Plan sah vor, bis 1952 Kredite in Höhe von bis zu 17,8 Mrd. Dollar zu gewähren. Er war auf diejenigen europäischen Staaten begrenzt, die der Truman-Doktrin zustimmten und sich

im Kampf gegen die Sowjetunion und die volksdemokratischen Staaten aktiv einreihen.

In den Direktiven für die sowjetische Regierung wurde jedoch festgestellt:

"Bei der Erörterung aller konkreten Vorschläge, die eine amerikanische Hilfe für Europa betreffen, muss die sowjetische Delegation Einspruch gegen solche Bedingungen erheben, die eine Beeinträchtigung der Souveränität der europäischen Staaten oder eine Verletzung ihrer ökonomischen Selbständigkeit nach sich ziehen können." (Geschichte Außenpolitik der Sowjetunion 1945-1970, S. 184)

Da die Vertreter der Westmächte jedoch diesen Grundsätzen widersprechende Bedingungen an die Kreditvergabe knüpften, verzichteten die UdSSR, Albanien, Bulgarien, Ungarn, Polen, Rumänien, die Tschechoslowakei, Jugoslawien und Finnland auf eine Beteiligung am Marshallplan.

(7) Geschäftsleute versuchten, die alte Währung in die sowjetische Zone über nach Berlin zu bringen, was einen Kollaps der dort noch gültigen alten Reichsmark zur Folge gehabt hätte. Daraufhin riegelte die Sowjetunion in der Nacht zum 24. Juni die Zufahrtswege nach Berlin für den Personen- und Güterverkehr für einige Wochen ab. Dies geschah in Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen, in dem der Sowjetunion die Oberhoheit über die Zufahrtswege zu den Berliner Westsektoren zugesprochen waren. Die Legende von der Berlin-Blockade war geboren und wurde ideologisch von den Westmächten gegenüber den Vertretern der westlichen bürgerlichen Parteien benutzt, um sie von der Gründung eines westdeutschen Separat-Staates zu überzeugen. (Berliner Krise 1948/49, G. Keiderling, Verlag das europäische buch 1982)

(8) Auf der Aussenministerkonferenz (9) 1947 in Moskau unterbreitete die Sowjetunion den Vorschlag, Wahlen in Deutschland abzuhalten zur Bildung einer provisorischen gesamtdeutschen Regierung; mit dieser hätte dann ein Friedensvertrag geschlossen werden können. Dieser Vorschlag wurde von den Westmächten abgelehnt.

(9) Der Rat der Außenminister wurde auf der Konferenz von Potsdam 1945 von den drei großen alliierten Mächten Sowjetunion, USA und Großbritannien eingerichtet mit dem Ziel, Friedensverträge mit den mit dem faschistischen Deutschland verbündeten Ländern vorzubereiten. Ihm gehörten ferner Frankreich und China an.

(10) Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund 1945-1990, Verlag am park 2006

(11) <http://www.verfassungen.net/su/verf36-i.htm>

(12) "Die bürgerlichen Verfassungen beschränken sich gewöhnlich darauf, die formalen Rechte der Staatsbürger zu fixieren, ohne sich um die Bedingungen der Verwirklichung dieser, um die Möglichkeit ihrer Verwirklichung, um die Mittel zu ihrer Verwirklichung zu kümmern. ...man spricht von Rede-, Versammlungs- und Pressefreiheit, vergißt aber, daß alle diese Freiheiten sich für die Arbeiterklasse in leeren Schall verwandeln können, wenn sie der Möglichkeit beraubt ist, geeignete Räumlichkeiten für Versammlungen, gute Druckereien, genügende Mengen Druckpapier usw. zur Verfügung zu haben.", Josef Stalin, Über den Entwurf der Verfassung der Union der SSR, Bericht auf dem ausserordentlichen VIII. Sowjetkongress der UdSSR, 25.11.1936

(13) Warum schweigen die Lämmer, Prof. Dr. Rainer Mausfeld, free21, Nr.1, Februar 2019

(14) Bewusstsein und Bildung - Wesenselemente sozialistischer Demokratie; Axel Ottinger; Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik Berlin 1979; S. 20 ff

(15) <https://de.wikisource.org/wiki/Zwei-plus-Vier-Vertrag>  
weitere Quellen:

\* Rechtsgewinne?, Erich Buchholz, Wiljo Heinen Verlag Berlin 2010

\* Ohne die Mauer hätte es Krieg gegeben, Heinz Kessler, Fritz Streletz, Edition Ost 2011

\* Verfassung der DDR in der Fassung von 1949: <http://www.documentarchiv.de/ddr/verfddr1949.html>

\* Verfassung der DDR in der Fassung von 1968: <http://www.documentarchiv.de/ddr/verfddr.html>

\* Grundgesetz in der Fassung von 1949: <http://www.documentarchiv.de/brd/1949/grundgesetz.html>

\* Grundgesetz in der aktuellen Fassung: <http://www.gesetze-im-internet.de/gg/GG.pdf>

## Solidarität mit dem kämpfenden Donbass

Ende Juni fand in Bonn eine gemeinsame Veranstaltung der örtlichen Organisationen der DKP und des Deutschen Freidenker Verbandes zur Situation im Donbass statt. Renate Koppe, Mitglied des Parteivorstands der DKP, die bereits mehrfach in der Donezker Volksrepublik war, berichtete nicht nur über die aktuelle Situation, sondern auch über die Entstehung des Konflikts seit 2014.

Nachdem im Frühjahr 2014 in der Ukraine ein Staatsstreich gegen den gewählten Präsidenten Janukowitsch mit Unterstützung von EU, USA und NATO stattfand und eine Regierung ins Amt kam, die sich auf extrem nationalistische und faschistische Kräfte stützte, wird eine zwangsweise Ukrainisierung der russischsprachigen Bevölkerung durchgeführt, linke Organisationen sind de facto verboten, faschistische Organisationen, die im 2. Weltkrieg auf Seiten der deutschen Wehrmacht kämpften, werden als Helden angesehen. In Reaktion darauf, kam es vor allem im Südosten der Ukraine zu Protestaktionen und Besetzungen, die schließlich, als alle Forderungen nach einer Föderalisierung der Ukraine, der Anerkennung der russischen Sprache als Staatssprache scheiterten, in der Ausrufung von Volksrepubliken in den Verwaltungsbezirken Donezk und Lugansk im Donbass führten. Deren Souveränität wurde im Mai 2019 in einem selbst organisierten Referendum bei hoher Beteiligung mit großer Mehrheit bestätigt.

An der Entstehung der Volksrepubliken waren linke und kommunistische Kräfte stark beteiligt, wenn auch die Basis nicht die Arbeiterbewegung, sondern kleinbürgerliche Kräfte waren. Dies spiegelt sich in den Unabhängigkeitserklärungen und Verfassungen wieder, wo Grund und Boden zu gesellschaftlichem Eigentum erklärt wurden.

Bereits vor dem Referendum entfachte die ukrainische Regierung einen Bürgerkrieg gegen den Donbass, der inzwischen zu mehr als zehntausend Toten geführt hat. Es erfolgten Luftangriffe auf Wohngebiete; Schulen, Krankenhäuser und Infrastruktur wurden mit Artillerie beschossen.

In den Volksrepubliken des Donbass wurden nicht nur eigene staatliche Strukturen aufgebaut, sondern gleichzeitig entstanden aus den Volksmilizen, die in der ersten Zeit die Verteidigung übernommen hatten, reguläre Armeen. Im Jahr 2015 kam es durch die Vermittlung vor allem der Russischen Föderation zu den Minsker Vereinbarungen, deren Garantiemächte auch Frankreich und die BRD sind. Der dort zunächst vorgesehene Waffenstillstand wurde von der Ukraine nie eingehalten. Tag für Tag werden nach wie vor Infrastruktur und Wohngebiete beschossen, es gibt Tote und Verletzte.

Unter solchen Bedingungen ist der Wiederaufbau von Infrastruktur, Wohnraum und Industrie im Donbass sehr schwierig. Hinzu kommt die vollständige Wirtschaftsblockade von Seiten der Ukraine, ukrainische Renten werden an die Einwohner der Republiken nur dann gezahlt, wenn diese regelmäßig auf ukrainisches Territorium fahren, was für viele gar nicht möglich ist. Renten werden

daher, wenn auch in viel zu geringem Umfang, von den Volksrepubliken ausgezahlt. Auch die Löhne sind viel zu gering, das wird nur zu einem Teil dadurch ausgeglichen, dass die kommunalen Tarife auf dem Stand von 2014 gehalten werden. Das Bildungswesen funktioniert jedoch, auch das Gesundheitswesen, wenn auch mit einigen Einschränkungen aufgrund fehlender Infrastruktur und Problemen mit dem Bezug von Medikamenten. Die russische humanitäre Hilfe ist daher lebensnotwendig.

Dennoch sind vor allem Steinkohlebergwerke, die zum größten Teil staatlich sind, wieder in Betrieb. In der Metallindustrie einige, bei weitem nicht alle, Betriebe. Frühere ukrainische Betriebe, die entweder stillstanden oder ihre Steuern in die Ukraine zahlten, sind seit 2017 unter äußere Leitung gestellt worden. Ein großer Teil von diesen wird jedoch von einer geschlossenen Aktiengesellschaft verwaltet, auf die russisches Großkapital großen Einfluss hat, dies, wie auch Importbeschränkungen und die fehlende Anerkennung der Republiken von Seiten der Russischen Föderation, hemmen eine eigenständige Entwicklung. Das erste Staatsoberhaupt der DVR, Alexandr Sachartschenko, der nicht nur von den Kommunisten der DVR, sondern auch von der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation unterstützt wurde und der im August 2018 bei einem Sprengstoffanschlag starb, hatte noch einige Anstrengungen in Richtung einer eigenständigen Entwicklung unternommen. Dennoch sind Erfolge, gerade im Vergleich zur Ukraine, wo eine weitgehende Desindustrialisierung erfolgt, vorhanden. Das betrifft auch den Bereich der Landwirtschaft.

Die Kommunisten der Donezker Volksrepublik, deren Vorsitzender im Jahr 2014 Vorsitzender des Obersten Sowjets der DVR war, fordern gerade eine solche Politik im Interesse des Donbass. Obwohl sie nicht die Möglichkeit hatten zu den Parlamentswahlen zu kandidieren (im Parlament sind nur zwei sogenannte gesellschaftliche Bewegungen vertreten, es gibt bis heute keine Gesetz über gesellschaftliche Organisationen) und auch häufig mit administrativen Behinderungen zu kämpfen haben, sind sie in Schulen und Stadtteilen, aber auch in der Armee sehr aktiv und haben auch diese Möglichkeiten, wenn auch von Ort zu Ort sehr unterschiedlich. Sie betreiben eine aktive Bündnispolitik. Sie fordern mehr Transparenz, vor allem in der Wirtschaft, eine stärkere Einbeziehung der Bevölkerung in alle Prozesse, insbesondere eine Gesetzgebung zur kommunalen Selbstverwaltung, die zwar diskutiert wird, im Parlament jedoch noch nicht vorliegt. Dies hängt auch damit zusammen, dass Kommunalwahlen Teil der Minsker Vereinbarungen sind und in diesem Rahmen deren Regelungen zwischen der Ukraine und den Volksrepubliken vereinbart werden sollen.

Anders als bei uns in der Presse und regierungsseitig dargestellt, sehen die Minsker Vereinbarungen keineswegs nur einen Waffenstillstand und einige besondere Regelungen und einen darauf folgenden Anschluss an die Ukraine vor. Sie sehen für den Donbass die Möglichkeit einer eigenen Wirtschaftspolitik und grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Russland sowie eigene militärische Strukturen (die Volksmilizen vor). Die Russische Föderation ist keineswegs eine der Konfliktseiten, sondern wie Deutschland und Frankreich eine Garantimacht. In den Volksrepubliken stellt sich jedoch für alle maßgeblichen politischen Kräfte die Situation so dar, dass eine Rückkehr in die Ukraine nicht mehr denkbar ist. Sie streben entweder einen Beitritt zur Russischen Föderation oder (wie die Kommunisten) einen eigenen Staat in enger

Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation an. Insofern wird von allen die Möglichkeit für Bürger der Volksrepubliken, die russische Staatsbürgerschaft zu erlangen, die durch einen Erlass des russischen Präsidenten seit April 2019 möglich ist, als ein sehr positiver Schritt angesehen.

Die Solidaritätsbewegung mit dem Donbass ist in der BRD leider bisher sehr schwach. Dabei wäre eine Unterstützung des kämpfenden Donbass nicht nur eine Aufgabe für alle antifaschistischen Kräfte gerade in Deutschland, da die Bundesregierung die ukrainische Regierung und ihre repressive Politik im Inneren und ihre Kriegspolitik gegen den Donbass bedingungslos unterstützt, völlig gleichgültig, ob der Präsident Poroschenko oder Selenskiy heißt – wobei der Unterschied ohnehin geringfügig ist. Die Vorgänge in der Ukraine sind ein Teil der Bestrebungen der NATO gegen Russland vorzugehen, auch die Friedensbewegung wäre hier gefordert.

Regelmäßige Informationen und Übersetzungen von Nachrichten aus den Volksrepubliken sind zu finden unter: [alternativepressschau.wordpress.com](http://alternativepressschau.wordpress.com)

*Renate Koppe*



UZ-Pressesfest 2018: Schweigeminute für den am 31. August 2018 ermordeten Präsidenten der Volksrepublik Donezk, Alexander Sachartschenko (Podium v.l.n.r.: Oleg Muzyka, Brigitte Queck, Renate Koppe, und Stanislaw Retinskij)



UZ-Pressesfest 2018: Ernst-Thälmann-Zelt – Oleg Muzyka, Überlebender des Anschlags auf das Gewerkschaftshaus von Odessa stellt sein Buch vor. Beim UZ-Pressesfest 2016 berichtete Oleg Muzyka über die Situation in der Ukraine nach den faschistischen Übergriffen am 2. Mai 2014 auf das Gewerkschaftshaus in Odessa. Er ist Augenzeuge und Überlebender.



Odessa – Oleg Muzyka berichtet  
(UZ-Pressesfest 2016) Von Arbeiterfotografie  
<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=22996>

# Das Unsterbliche Regiment

Der 9. Mai Moskauer Ortszeit 1945 markiert den Tag des Sieges der Roten Armee der Sowjetunion über die deutsche faschistische Wehrmacht. Aber der Sieg war teuer errungen. Fast jede Familie der Sowjetunion verlor Angehörige; Fabriken, landwirtschaftliche Nutzflächen und Wohnungen wurden nach dem Prinzip der verbrannten Erde von den deutschen Faschisten zerstört. Der faschistische Überfall hat die Entwicklung der Sowjetunion um Jahre zurückgeworfen.

Um die historische Leistung der Rotarmisten und die verheerenden Folgen des faschistischen Überfalls nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, wurde aus einer Initiative zweier russischer Journalisten ein mittlerweile weltweit veranstalteter Gedenkmarsch (\*): das Unsterbliche Regiment. Angehörige tragen Fotografien ihrer Angehörigen, die als Soldaten der Roten Armee gegen die Faschisten gekämpft haben.

Dieser Gedenkmarsch ist zum Einen das ehrende Angedenken an die Rotarmisten, die dazu beitrugen, den deutschen Faschismus zu zerschlagen. Es ist jedoch mehr. Seit dem Sieg der Sowjetunion versuchen die westlichen Alliierten der ehemaligen Anti-Hitler-Koalition diese historische Leistung für sich zu verbuchen. Ja mehr noch, es wird versucht, das Opfer der deutschen Aggression –

die Sowjetunion – zum Täter zu machen. So hat das EU-Parlament am 19. September eine Resolution angenommen, in der der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939, der sogenannte 'Hitler-Stalin-Pakt' die Weichen für den Zweiten Weltkrieg gestellt hätte. Hinter dieser Legende werden die eigentlichen Hauptakteure – die ökonomischen Nutzniesser einer geplanten Zerschlagung der sowjetischen Staatlichkeit - versteckt. Denn diese haben bis heute ihre Begehrlichkeiten nicht aufgegeben – der heutige Gegner ist die Russische Föderation. Entsprechend unserem Aufruf



'Frieden mit Russland' werden wir dieser Legende widersprechen. Deshalb haben sich Mitglieder des Landesverbandes NRW am 5. Mai diesen Jahres am Unsterblichen Regiment auf dem Kalker Friedhof in Köln beteiligt (\*\*). Auch im Jahr 2020 - 75 Jahre nach dem Sieg der Roten Armee über den deutschen Faschismus - werden wir diese Veranstaltung in Köln unterstützen.

Köln, 5.5.2019: Brigitte Streicher (unten) und Jürgen Kelle (oben rechts mit Gedenktafel für den Widerstandskämpfer Karl Schabrod) – fotos/video: [arbeiterfotografie.com](http://arbeiterfotografie.com)  
[www.youtube.com/user/arbeiterfotografie/videos](http://www.youtube.com/user/arbeiterfotografie/videos)

siehe auch:  
(\*)<https://de.sputniknews.com/gesellschaft/20180509320648441-aleppo-unsterbliches-regiment/>  
<https://de.sputniknews.com/panorama/20190509324914539-moskau-marsch-unsterbliches-regiment/>  
<https://de.sputniknews.com/bilder/20190509324915172-tag-des-sieges-unsterbliches-regiment-berlin/>  
(\*\*)<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=25891> (video)





# KLASSIKER

WERNER SEPPMANN  
Natur und Gesellschaft (\*)

Nach Marx bilden die Menschen zur Bewältigung der Natur Geselligkeitsformen, die eine eigene Gesetzmäßigkeit begründen. Diese, aus der Arbeit herauswachsenden Beziehungsgefüge, werden zum Konstitutionsfaktor des geschichtlichen Prozesses. Die menschliche Tätigkeit bleibt zwar an den objektiven Bewegungsformen der Natur gebunden. Ihre objektive Regelmäßigkeit ermöglicht es jedoch den Menschen, diese seinen eigenen Zwecken einzuverleiben und die Naturgesetzmäßigkeit mit seinen eigenen Bedürfnissen zu koordinieren. Aus diesem Grund bezeichnet Marx die menschliche Arbeit als freie Tätigkeit (MEW, Erg.-Bd 1, 516): "Die bewusste Lebenstätigkeit unterscheidet den Menschen unmittelbar von der tierischen Lebenstätigkeit. Eben nur dadurch ist er ein Gattungswesen." (ebd.)

Der Materialismus bringt sich bei Marx nicht in der Form einer abstrakt-universalen Gesetzmäßigkeit, sondern im Begreifen der Lebenspraxis als Austauschprozess zwischen gesellschaftlich transformierter Natur und dem gesellschaftlichen Naturwesen Mensch zur Geltung. "In der Bearbeitung der gegenständlichen Welt bewährt sich der Mensch erst wirklich als ein Gattungswesen." (ebd., 517) denn diese real-historische Vermittlung führt zur Überwindung einer mechanischen Abhängigkeit des Menschen von seiner Existenz-Voraussetzung Natur. Im Ergebnis dieses Prozesses ordnet sich der Mensch "in eine von ihm gegliederte Welt" (ebd.) ein. Durch die Arbeit vermittelt sich dem Menschen eine neue Form der sinnlichen Gewissheit. Für ihn wird die Welt wirklich in dem Maße, wie er sie sich erarbeitet hat. Aus einem entwicklungsgeschichtlich bestimmten Faktor wird das Naturhafte dem Menschen "zum Gegenstand ... seiner Lebensäußerung" (ebd., 578), weil es durch die gesellschaftliche Arbeit integraler Bestandteil des Vergesellschaftungsprozesses und seiner spezifischen Dynamik geworden ist. Der naturhistorische Entwicklungsprozess wird über die konkreten Kooperationsformen zu einem integralen und inhaltlich neutralen Faktor der humanisierten Geschichte transformiert: "Die Geschichte ist (dann) die wahre Naturgeschichte des Menschen." (ebd., 579)

Dieser Zusammenhang von Naturbearbeitung und menschlicher Entwicklung ist auch der systematische Ort der marxistischen Behandlung der Ökologie-Problematik. Im Verständnis von Marx und Engels ist die Zerstörung der Natur nicht von der Frage nach den Formen menschlicher Entfremdung zu trennen: Die destruktive Wirkung auf den Menschen wie auf die Natur geht von den gleichen sozio-strukturellen Bedingungen aus.: "Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen allen Reichtums untergräbt: Die Erde und den Arbeiter." (MEW 23/530) ...

Durch die dominierenden kapitalistischen Verwertungsbedingungen fungiert der arbeitende Mensch, ebenso wie die Natur, ausschließlich als "Sache der Nützlichkeit; hört auf, als Macht für sich erkannt zu werden." (Grundrisse

313) Die Verwertung des Wertes als ausschließlicher Zweck führt zur allgemeinen Rücksichtslosigkeit gegenüber den Bedürfnissen der Individuen, der Gesellschaft und den Regenerationserfordernissen der Biosphäre. Die abstrakte Rationalität schlägt in Irrationalität um, weil sie sich über die Folgen ihres Handelns keine Rechenschaft ablegt: "Gegenüber der Natur wie der Gesellschaft kommt bei der heutigen Produktionsweise vorwiegend nur der erste handgreifliche Erfolg in Betracht; und dann wundert man sich noch, dass die entfernten Nachwirkungen der hierauf gerichteten Handlungen ganz andere, meist ganz entgegengesetzte sind." (MEW 20/455)

Insbesondere Engels kommt der Verdienst zu, über die Kapitalismuskritik hinaus, die historisch entstandenen Formen der Naturbeherrschung grundsätzlich problematisiert zu haben. Denn obwohl er, ebenso wie Marx, mit dem technisch fundierten Fortschrittsoptimismus seiner Zeit verbunden war, blieb ihm diejenige destruktive Grundtendenz der Produktivkraftentwicklung, die nicht allein durch die Veränderung der Produktionsverhältnisse zu beseitigen ist, nicht verborgen: "Schmeicheln wir uns indes nicht zu sehr mit unseren menschlichen Siegen über die Natur. Für jeden solchen Sieg rächt sie sich an uns. Jeder hat in erster Linie zwar die Folgen, auf die wir gerechnet haben, aber in zweiter und dritter hat er ganz andere, unvorhergesehene Wirkungen, die nur zu oft jene erste Folgen wieder aufheben." (MEW 20/452f.) Die politisch-programmatische Konsequenz aus dieser Einsicht ist die Notwendigkeit, Bedingungen zu schaffen, die die destruktiven Wirkungen des gesellschaftlichen Handelns auf die gesellschaftliche Existenzvoraussetzung Natur ausschließen. Diese Leistung kann nur ein Emanzipations-Programm erbringen, das die Ästhetisierung des Lebens in den Mittelpunkt stellt und zum Maßstab erhebt. Denn nur dann "werden wir bei jedem Schritt daran erinnert, dass wir keineswegs die Natur beherrschen, wie ein Eroberer ein fremdes Volk beherrscht, wie jemand der außer der Natur steht – sondern, dass wir mit Fleisch und Blut und Hirn ihr angehören und mitten in ihr stehen, und dass unsere ganze Herrschaft über sie darin besteht, im Vorzug zu allen anderen Geschöpfen ihre Gesetze erkennen und richtig anwenden zu können." (ebd.)

Nicht Versöhnung im Sinne der Horkheimerschen und Adornoschen 'Dialektik der Aufklärung' ist der Realisierungsweg, sondern die rationell-vernünftige Handhabung der Produktivkräfte als konstitutive Voraussetzung eines antizipatorischen Umganges mit der Natur und der humanisierten menschlichen Existenz. Die Umgangsformen mit der Natur und die allseitige Entwicklung des Menschen werden durch kooperative Vergesellschaftungsformen und vernunftgeleitete Rationalität zur Deckung gebracht; die "Versöhnung der Menschheit mit der Natur und mit sich selbst" (MEW 1/505) fallen zusammen. Ist aus den gesellschaftlichen Beziehungen das abstrakte, die menschlichen Bedürfnisse ignorierende Verwertungsinteresse verbannt, präsentieren sich die Naturbeziehungen der Gesellschaft in einer radikalisierten Form: "Die Materie lacht im poetischen Glanze den ganzen Menschen an." (MEW 2/135)

(\*) Aus: Werner Seppmann, *Subjekt und System, Natur und Gesellschaft*, Kapitel III., Laika Verlag 2011

# Zuschauer oder verantwortlicher Teil der Geschichte?

Sechster Kölner Karlspreis für die Künstlerin und Veranstalterin Sabiene Jahn und den in London inhaftierten und gefolterten Wikileaks-Gründer Julian Assange.

Der Preis wird nicht geteilt, er wird verdoppelt... Seit März 2018 betreibt Sabiene Jahn in Koblenz den Bürgerdialog "Vernunftbasiert. Parteifrei. Bürgernah." Der parteifreie Bürgerdialog ist eingerichtet als "Demokratischer Dialog, um friedliche Lösungen zu finden." Monatliche Veranstaltungen mit Vortragenden aus unterschiedlichen Fachbereichen wie Politikwissenschaft, Journalismus, Sozialwissenschaft, Wirtschaftswissenschaft, von Buch- und Fernsehautoren, Rechercheuren und Regisseuren, zudem von Aktivisten aus Bereichen der Friedensbewegung und Völkerfreundschaft. Nach den Vorträgen ist Zeit für ausgiebige Diskussion anberaumt, damit möglichst alle Fragen beantwortet werden können... Das ist doch eigentlich nichts besonderes möchte ich meinen. Solche Veranstaltungen finden landauf, landab doch täglich statt. Aber das besondere sind – hin und wieder – Themen, die, so scheint es, in der Öffentlichkeit und in den Leitmedien ein Tabu darstellen, die aber in der Bevölkerung einen um so größeren Klärungsbedarf haben. Nur zum Beispiel seien die Recherchen von Markus Fiedler und Dirk Pohlmann in Bezug auf manipulative Darstellungen in Wikipedia genannt. ... WIKIPEDIA vs. WIKILEAKS

Wikileaks-Gründer Julian Assange befindet sich zum Zeitpunkt der Preisverleihung am 16. Dezember 2019 seit acht Monaten in einem Hochsicherheitsgefängnis mitten in Europa.... Mit dem chilenischen Massenmörder Augusto Pinochet, einem der blutigsten Diktatoren des 20. Jahrhunderts, ging die britische Justiz freundlicher um. Es gibt großen Anlass zur Sorge, dass Julian Assange unter den dortigen Bedingungen massive gesundheitliche Schäden erfährt, wie der UN-Sonderbeauftragte für Folter Nils Melzer berichtet, die seinen baldigen Tod herbeiführen können. Die deutsche Bundesregierung weigert sich bis zum gegebenen Zeitpunkt, die an sie gerichteten Alarmrufe von Nils Melzer zur Kenntnis zu nehmen. Die deutschen Journalistenvereinigungen DJV (Deutscher Journalistenverband) und DJU (Deutsche Journalisten Union) hüllen sich statt eines Aufschreis angesichts der dramatischen Situation in Schweigen. Und auch die weltweit operierende Organisation ROG (Reporter ohne

Grenzen) wendet ihren Blick vorzugsweise in Richtung Türkei, China, Russland und Afrika. Julian Assange ist Gefangener des Systems westlicher Aggressions- und Kriegsoperationen, die nicht sichtbar werden sollen. Sie folgen der Logik, dass die Macht unsichtbar bleiben muss (Huntington/Mausfeld). Der durch Zuspiegelung von Chelsea Manning veröffentlichte Video-Spot "Collateral Murder", eines dokumentierten US-Kriegsverbrechens im

Irak, schockiert nicht nur durch die gezeigten Bilder, vielmehr auch durch die zugehörige empathiefreie Kommunikation zwischen Killer-Kommando und Ausführenden. ... Neben einem Preisgeld wird eine Karl-Marx-Gedenkmünze überreicht. Marx steht in seinem ganzen Wirken für die Bewusstmachung gesellschaftlicher Zustände und ihrer Veränderbarkeit. ...

Anneliese Fikentscher und Andreas Neumann

[www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=26464](http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=26464) (mit videos „collateral murder“ und Grußwort John Shiptin, Assange's Vater, verlinkt)

# Nachruf

Am 14. Oktober 2019 starb unser Kamerad, Genosse langjähriges Verbandsmitglied Werner Fröse im Alter von 89 Jahren.

In früher Kindheit und Jugend lernte Werner die Folgen des Krieges kennen. Not, Armut und Arbeitslosigkeit waren ständige Begleiter seiner Familie. Nach dem Willen seiner Eltern sollte Werner eigentlich Musik studieren. Aber daraus wurde nichts. Die Arbeit im Bergbau führte ihn und seine Frau der gerade geborenen Edith von Schleswig- ins Ruhrgebiet. In Bochum kam kurze Zeit später der Sohn Bodo zur



Bergbau Erika mit Tochter Holstein kam kurze Welt.

Werner sehr schnell mit den Herausforderungen konfrontiert, um seine Rechte zu kämpfen und lernte Kommunisten als die konsequentesten Interessenvertreter der Arbeiter kennen. Folgerichtig wurde er 1956 Mitglied der noch im selben Jahr verbotenen KPD. 1961 wurde Werner auf Geheiß der Adenauer-Justiz wegen Hochverrats und Mitgliedschaft in der KPD festgenommen und in Kleve inhaftiert. Gnadlos durfte er selbst zur Geburt seines Sohnes Gerd im Dezember 1961 die Untersuchungshaft nicht verlassen. Am Ende wurde er zu 3 ½ Monaten Haft auf Bewährung und 5 Jahren Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Das konnte seine Überzeugung nicht brechen. Er wurde 1968 Gründungsmitglied der DKP. Schnell geriet er als örtlicher Vorsitzender der DKP in Kapellen ins Visier von Neonazis. Pfingsten 1971 verübten zwei Neonazis einen Anschlag auf die Wohnung seiner Familie. Sie warfen zwei Betonplatten durch zwei Fenster der Wohnung und hinterließen eine handschriftliche Notiz auf einer Serviette mit dem Text: „IHR Komunisten=Schweine werdet eines Tages alle in der Gaskammer landen. Heil...Lieber Faschismus als Kommunismus. Heil...“.

1989/90 erlebte er dann das zunächst Unfassbare – den Zusammenbruch und die Zerschlagung des Sozialismus in Europa, den Ausverkauf der DDR, die Werner als sein Vaterland bezeichnete. Die DKP, bisher immer offensiv agierend, bis dahin ständig wachsend, musste nun um das Überleben als bundesweite kommunistische Partei kämpfen.

Der Bergmann und Gewerkschafter Werner Fröse erwarb durch sein Engagement im Betrieb das Vertrauen seiner Kollegen. Er wurde in den Betriebsrat und als Delegierter zum 10. Gewerkschaftskongress der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie 1972 gewählt. Bis zuletzt blieb er seiner Gewerkschaft treu und nahm, inzwischen im Rollstuhl sitzend, an der DGB-Kundgebung am 1. Mai 2019 in Duisburg teil.

Viel zu früh starb seine Frau Erika 1976 im Alter von nur 44 Jahren. Auch der Tod seiner zweiten Ehefrau Gisela im Jahre 2007 machte ihm schwer zu schaffen.

1987 ging Werner mit nur 57 Jahren in den „vorzeitigen“ Ruhestand. Er wurde aktiv im Freidenkerverband und stand viele Jahre als Trauerredner zur Verfügung.

Die Arbeiterbewegung und damit auch unser Verband hat einen profilierten Vertreter verloren. Wir trauern mit seiner Familie um ihn.

Brigitte Streicher  
im Namen des Vorstands des Landesverbandes NRW



Köln, 21. Januar 2016: Klaus Simon vor dem Dom beim Protest gegen den Soldaten-Gottes-Dienst mit Erzbischof Rainer Maria Kardinal Woelki – foto: arbeiterfotografie.com

## Das Lied auf den Klaus (80)

Unser Mitglied Klaus Simon feierte am 29.08.1939 seinen 80sten Geburtstag. Im zu Ehren verfasste ein Genosse ein Loblied, ein Agitpoem von Fäustel zum 80sten des Bonner Aktivisten Klaus Simon. Melodie: „De Schmatz“ von Dullemajik (Letzebuerg), Text: Volker Rohde

Refrain nach jeder Strophe:  
 Der Klaus, der Klaus,  
 der Klaus, der gibt nie auf!  
 Der Klaus, der Klaus:  
 der hält ne Menge aus!

Der Klaus, der hat nen Kopf aus Stahl,  
 da krachts nicht nur beim Kapital.  
 Doch wenn beschlossen die Aktion,  
 der Klaus, der wartet schon.

2 Und weil der Kopf sein eigen ist,  
 braucht er darüber nunmal nix!  
 Ihm reicht, was hier im Erdental  
 sich ändern muss real.

3 Der Klaus gibt hilfreich seine Hand,  
 wo man ihn braucht: am Info-Stand,  
 beim Plakatieren, Schmuck im Saal,  
 er rödeln überall!

4 Bei Demos hält ihn nichts in Bonn,  
 im PKW kurvt er davon.  
 Als Banner-Träger stürmt voran  
 er mit der roten Fahn'.

5 Und muß ein Schrank die Treppe rauf,  
 der Klaus packt an, verlaß dich drauf!  
 Den Baum im Garten fällt er auch,  
 hat alles drauf, der Klaus!

Weil, wie er ist, er ist der Klaus  
 sind wir heut hier und rufen aus:  
 Wer 80 packt, hält's länger aus!  
 Wir alle brauchen Klaus!

## TERMINE / kurz und knapp

LANDESKONFERENZ NRW, Samstag, 7 März 2020, Köln  
 Die Einladung ist diesem freiBrief beigelegt.

Jeden zweiten Mittwoch im Monat ab 19 Uhr, Bonn  
 im Bonner Freidenker-Treff in der "Olive", Brüdergasse 12  
 Wer regelmäßig eingeladen werden möchte, schicke bitte  
 eine eMail an Klaus von Raussendorff:  
 raussendorff@web.de

INFOS zu Freidenkerveranstaltungen NRW  
<https://www.nordrhein-westfalen.freidenker.org/>

LL-Demo, Sonntag, 12. Januar 2020, ab 10h  
 U-Bhf. Frankfurter Tor zur Gedenkstätte der Sozialisten in  
 Friedrichsfelde

Liebnecht-Luxemburg-Ehrung Mittwoch, 15. Jan. 2020,  
18 Uhr ab Olof-Palme-Platz zu den Gedenktafel/-stein im  
 Tiergarten

Werner Rügemer: Montag, 13. Januar 2020, 19 Uhr, Köln  
 Blackrock in deinem haus - wohnst du noch oder bist du  
 raus? Köln, Café Goldmund, Glasstr. 2

Proteste gegen die „Münchner Sicherheitskonferenz“,  
Samstag, 15. Februar 2020, 13 Uhr  
 Alles muss sich ändern! Nein zu Krieg und  
 Umwelterstörung! Samstag, 15. Februar 2020, 13 Uhr, Start  
 am Stachus, München

Internationaler Aktionstag gegen Mietenwahnsinn und  
Verdrängung, Samstag, 28. März 2020, Bochum, Frankfurt/  
M., Hannover, Leipzig, Regensburg, München, Münster,  
Potsdam... Köln

UZ-Pressesfest 2020, 28.-30. August 2020, Dortmund  
 Revierpark Wischlingen

MEHR TERMINE und AKTIONEN? [www.nrhz.de](http://www.nrhz.de)

immer wieder mittwochs: NRhZ.de

**NRhZ ONLINE**  
**Neue Rheinische Zeitung**

Die Neue Rheinische Zeitung, Organ für Demokratie in der  
 Nachfolge von Karl Marx, hat Julian Assange – gemeinsam mit  
 der Koblenzer Künstlerin und Veranstalterin Sabiene Jahn im  
 Dezember den Kölner Karlspreis für Engagierte Literatur und  
 Publizistik für 2019 verliehen. (s. auch Seite 10)



DAUERINSTALLATION FÜR JULIAN ASSANGE  
 ::: POLITISCH VERFOLGTE GENIEßEN ASYL :::  
 MIT KUNSTWERK VON HANS JÖRG TAUCHERT

# Deutsche Kriegsfiabel\*

General, dein Tank ist ein starker Wagen.  
Er bricht einen Wald nieder und zermalmt hundert Menschen.  
Aber er hat einen Fehler:  
Er braucht einen Fahrer.

General, dein Bombenflugzeug ist stark.  
Es fliegt schneller als ein Sturm und trägt mehr als ein Elefant.  
Aber es hat einen Fehler:  
Es braucht einen Monteur.

General, der Mensch ist sehr brauchbar.  
Er kann fliegen und er kann töten.  
Aber er hat einen Fehler:  
Er kann denken.

Bertold Brecht

\*Auszug aus der Deutschen Kriegsfiabel

Die ersten Vorarbeiten – der bekannteren Kriegsfiabel von 1955 – datieren offenbar aus noch früherer Zeit, zumal Brecht mit der Deutschen Kriegsfiabel innerhalb der Svendborger Gedichte den Titel bereits verwendet hatte (Entstehung zwischen 1936 und 1937; Erstpublikation 1939) [https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-476-03645-2\\_20](https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-476-03645-2_20)



## KAMPAGNE NATO raus – raus aus der NATO

Links zu Berichterstattung

Reaktionen auf den Appell der Kampagne "NATO raus – raus aus der NATO" an Bundesregierung und Bundestag

Debatte um die Verbannung der US-Kriegsmaschinerie kommt in den Bundestag (2)

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=26380>

Online-Flyer Nr. 727 vom 27.11.2019

*frei*BRIEF ist das Organ des Landesvorstandes  
NRW des Deutschen Freidenker-Verbands e.V.

GESCHÄFTSSTELLE:  
Bayenstrasse 11, 50678 Köln

LANDESVORSITZ:  
Brigitte Streicher

Bank: Deutscher Freidenker-Verband, Volksbank  
IBAN: DE06 3806 0186 1902 4930 14  
BIC: GENODED 1BRS

INTERNET

[www.nordrhein-westfalen.freidenker.org](http://www.nordrhein-westfalen.freidenker.org)

*frei*BRIEF-REDAKTION

Martin Großkopf  
Brigitte Streicher  
Anneliese Fikentscher (Gestaltung)  
[redaktion\\_freibrief@freidenker.org](mailto:redaktion_freibrief@freidenker.org)

REDAKTIONSSCHLUSS

*frei*BRIEF NRW-Info 2020-1: 15. März 2020

ccafj@2019



neue Videos: Gefängnisbriefe von Rosa Luxemburg bis Mumia Abu Jamal mit Johanna Arndt, Anna von Rohden ::: Nicolás Miquea, wenn sich das Volk erhebt ::: bisher 3 Vorträge der Freidenker-Konferenz „Der Tiefe Staat oder wer regiert den Westen“ ::: Wolfgang Bitter: Der neue West-Ost-Konflikt – weitere Friedens-, Freidenkerveranstaltungen und Vorträge – [www.youtube.com/user/arbeiterfotografie/videos](http://www.youtube.com/user/arbeiterfotografie/videos) ::: Empfehlungen unter [www.youtube.com/user/arbeiterfotografie/playlist](http://www.youtube.com/user/arbeiterfotografie/playlist) (aktuell): Klaus Hartmann „Quo vadis junge Welt?“